



Statement

Michael Sommer

Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes

„Köpfe gegen Kopfpauschale“

Pressekonferenz

Berlin, 28. September 2010

Es gilt das gesprochene Wort!

Ich begrüße Sie – auch im Namen meiner Kollegin Annelie Buntenbach - zu unserer Pressekonferenz. Sie ist eine Premiere. Gemeinsam mit drei Parteivorsitzenden ist der DGB-Vorsitzende hier noch nicht vor Ihnen aufgetreten. Sie sehen also: die Sache ist uns sehr wichtig!

Herzlich Willkommen Gesine Löttsch, Claudia Roth und Sigmar Gabriel.

Ich bin sehr froh, dass SPD, Bündnis90/Die Grünen und die DIE LINKE unser Aktionsbündnis „Köpfe gegen Kopfpauschale“ unterstützen. Es freut mich besonders, dass die Vorsitzenden der drei Parteien den Kampf gegen die Kopfpauschale zur Chefsache erklärt haben.

Wir hatten auch die Parteivorsitzenden der drei anderen im Bundestag vertretenen Parteien angeschrieben – sie haben sich offensichtlich anders entschieden: Gegen unser Bündnis und gegen die solidarische Krankenversicherung.

Um es allerdings auch ganz deutlich zu sagen: Es geht heute nicht um Parteipolitik – es geht um die Sache. Denn unser Bündnis ist und bleibt parteipolitisch unabhängig – das entspricht dem Selbstverständnis des DGB.

Natürlich sind auch die anderen Parteien weiter herzlich eingeladen, uns zu unterstützen. Das gilt insbesondere für die, die noch vor Kurzem erklärt haben, mit ihnen würde es keine Kopfpauschalen geben. An dieser Stelle Grüße nach München! Wir sind gespannt auf eine Antwort von der CSU, die bis heute noch aussteht.

Wir, der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften, haben im April dieses Jahres unser Bündnis mit vielen unterschiedlichen Akteuren gegründet. Zu ihnen gehören Sozial- und Wohlfahrtsverbände, Jugend- und Frauenverbände sowie Natur-, Migrantinnen- und Ärzteverbände.

Uns verbindet ein Ziel: wir wollen eine gerechte Gesundheitsreform.

DGB-Bundesvorstand

Henriette-Herz-Platz 2

10178 Berlin

Web: <http://www.dgb.de>

Tel.: 030 / 240 60 - 0

Fax: 030 / 240 60 - 324



Damit unterscheiden wir uns von der Bundesregierung:

- Sie will den Paradigmenwechsel in der Gesundheitspolitik vollenden.
- Sie will die Solidarität aufkündigen.
- Sie will den Lobbyverbänden unterschiedlicher Couleur nachgeben.

Was der Bundesgesundheitsminister vorgelegt hat ist nicht liberal, es ist in höchstem Maße unsozial!

Es geht erst einmal darum, dass die Bundesregierung die Finanzierung der Gesetzlichen Krankenversicherung in Richtung Kopfpauschale umstellen will. Denn die Pläne, die das Kabinett in der letzten Woche gebilligt hat, sind nichts anderes als der Einstieg in die Kopfpauschale und der Ausstieg aus der solidarischen Finanzierung.

Da kann der Bundesgesundheitsminister noch so smart und wortreich das Gegenteil behaupten, ich bleibe dabei: Diese Kopfpauschale ist das Gegenteil von Solidarität. Sie funktioniert nach dem Prinzip „Je kleiner das Einkommen, desto größer die Belastungen.“

Aber meine Damen und Herren, das ist ja noch längst nicht alles. Auch die anderen Pläne der Koalition sind radikal ungerecht.

CDU/CSU und FDP wollen die Arbeitgeberbeiträge zum Jahreswechsel letztmalig anheben. 127 Jahre nach seiner Einführung soll damit das Prinzip der paritätischen Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung endgültig beerdigt und auf den Müllhaufen geworfen werden. Denn jetzt sollen ausschließlich die GKV-Mitglieder, immerhin 90 Prozent der Bevölkerung, alle künftigen Kostensteigerungen in der GKV alleine bezahlen. Und dies auch noch in Form von Kopfpauschalen – was anderes sollen denn bitte „einkommensunabhängige Zusatzbeiträge“ sein?

Glauben Sie, dass diese Mehrbelastungen wirklich ausgeglichen werden? Ich nicht! Der so genannte Sozialausgleich ist nichts anderes als eine Mogelpackung.

Die gesetzlich Versicherten zahlen also für die Arbeitgeber. Und sie zahlen für die privat Versicherten. Denn die profitieren von Rabattverhandlungen der gesetzlichen Kassen mit Arzneiherstellern. Und die Privatversicherer haben es künftig leichter: Sie können Neuversicherte schon ab einem Jahr über der Mindestgrenze beim Einkommen statt nach drei Jahren gewinnen.

Das, meine Damen und Herren, nenne ich Klientelpolitik!

Das ist der nächste Schritt in die Privatisierung der Krankenversicherung und die Individualisierung des Krankheitsrisikos.



Wir haben nicht nur Kritik an der Bundesregierung und am Bundesgesundheitsminister, wir haben auch eine Alternative. Und die heißt seit vielen Jahren Bürgerversicherung. Da sind wir uns alle hier am Tisch einig.

An einige Eckpunkte will ich Sie noch einmal erinnern:

- Die Bürgerversicherung versichert alle Bürgerinnen und Bürger. Die Versicherungspflichtgrenze wird abgeschafft.
- Die Krankenversicherung soll weiterhin über einkommensabhängige Beiträge finanziert werden. Die Arbeitgeber bleiben durch paritätische Finanzierung der Beiträge auf Einkommen aus abhängiger Beschäftigung in der Verantwortung.
- Bürgerinnen und Bürger können ihre Kasse in der Bürgerversicherung frei wählen. Zwischen privaten und gesetzlichen Krankenkassen wird ein Wettbewerb unter gleichen Bedingungen hergestellt.
- Für die zukünftige Finanzierung hochwertiger Gesundheitsleistungen schlagen wir ein Zwei-Säulen-Modell vor. In der ersten Säule werden dabei Arbeitseinkommen und daraus abgeleitete Einkommen wie bisher verbeitragt. Daneben soll eine zweite Säule eingeführt werden, um Erträge anderer Einkommensarten in die Finanzierung der Bürgerversicherung einzubeziehen.
- Die Krankenkassen müssen von der Finanzierung gesamtgesellschaftlicher Aufgaben entlastet werden. Diese Leistungen sind über Steuermittel zu finanzieren, sie dürfen nicht weiter allein den Beitragszahlern aufgebürdet werden.

Unter dem Strich bleibt festzuhalten: Eine bessere und gerechtere Gesundheitspolitik ist möglich, Herr Rösler!

Die Köpfe gegen die Kopfpauschale werden mehr – und das sehen Sie auch heute: Wir werden uns mit den Plänen des Bundesgesundheitsministers nicht abfinden und weiter Druck machen. Auch die Gesundheitspolitik dieser Regierung ist in Schieflage – und wir wollen sie beseitigen.

Wir werden daher die Kopfpauschale zu einem Schwerpunktthema für den Herbst 2010 machen. Das Bündnis „Köpfe gegen Kopfpauschale“ hat deshalb die 2. Welle der Kampagne STOPPAUSCHALE gestartet.

Wir werden die Menschen darüber aufklären, was sich tatsächlich hinter den Plänen der Koalition verbirgt. Denn wir wollen die Umverteilung zu Lasten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer verhindern.

Die Menschen, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, wollen die Kopfpauschale nicht. Und dies sollte die Koalition nicht unterschätzen. Die Menschen wollen sozial gerechte Reformen und haben ein sehr genaues Gespür dafür, wenn es in die falsche Richtung geht.

Vielen Dank.